



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

47/2015 20.11.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Harald Lidauer

[Das Demokratieprinzip](#)

Die Monografie stellt einen rechtshistorischen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Demokratieprinzips in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, wobei dieser Abschnitt systematisch und chronologisch aufgearbeitet wird. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die Ebene des Gesamtstaates, sondern gleichermaßen auch auf die jeweiligen Entwicklungen auf Landes- und Gemeindeebene, wobei insoweit schwerpunktmäßig eine Bezugnahme auf das Bundesland Oberösterreich stattfindet.

50 Euro, XVII und 438 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-902883-26-1

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 332/2015](#)

Vierte Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen**, geändert wird

[BGBl II 341/2015](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Parameter, die im Rahmen der Kriterien gemäß § 126 Abs. 5 BaSAG bei der Bemessung der Beiträge zum Abwicklungsfonds zu berücksichtigen sind (**Beitragsparameterverordnung** – BeiPaV)

[BGBl II 360/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über Ausnahmen vom Verbot der Umwidmung von Tierimpfstoffen (**Tierimpfstoff-Umwidmungsverordnung 2015**)

[BGBl III 168/2015](#) ([Anlage I](#)) ([Anlage II](#)) ([Anlage III](#))

Freihandelsabkommen zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Korea** andererseits

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 301 v 18.11.2015, 1](#)

Richtlinie (EU) 2015/2060 des Rates vom 10. November 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der **Besteuerung von Zinserträgen**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

18.09.2015, [E 736/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** und Zurückverweisung hinsichtlich der **Rückkehrentscheidung** aufgrund grober Verkennung der Rechtslage hinsichtlich der Verfolgung von Jesiden im Irak

18.09.2015, [E 1003/2014](#)

AsylG; Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Zurückverweisung der Sache hinsichtlich der Ausweisung in die Russische Föderation infolge unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers im Hinblick auf den behaupteten Eingriff in das **Recht auf sexuelle Selbstbestimmung** betreffend eine **Zwangsverheiratung**

18.09.2015, [E 1174/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Abweisung des Asylantrags mangels **Durchführung eines Familienverfahrens** mit der nachgereisten Familie des minderjährigen Beschwerdeführers

18.09.2015, [E 2002/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** und Zurückverweisung des Verfahrens hinsichtlich einer **Rückkehrentscheidung** an das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl mangels Feststellungen zur Sicherheit des afghanischen Beschwerdeführers in der Heimatprovinz Baghlan bzw zur **gefährlosen Erreichbarkeit der Provinz**

18.09.2015, [E 1719/2015](#)

AsylG; Aufhebung eines Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes aufgrund erweiterter Anlassfallwirkung; Neufassung der Regelung des **BFA-Verfahrensgesetzes** betreffend eine **neuerlich verkürzte Rechtsmittelfrist nicht anzuwenden**

21.09.2015, [V 66/2015](#)

Ktn StraßenG; Gesetzwidrigkeit einer Einreihungsverordnung hinsichtlich der **Erklärung eines Weges zur Verbindungsstraße** mangels ausreichender Ermittlungen zur Frage des Bestehens von Gemeingebrauch

21.09.2015, [E 332/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung**, Feststellung der Zulässigkeit einer Abschiebung nach Armenien und Festsetzung einer Frist für die freiwillige Ausreise mangels Auseinandersetzung mit der **Schwangerschaft der Beschwerdeführerin**

21.09.2015, [E 865/2015](#)

NÖ NaturschutzG; Verletzung im Eigentumsrecht durch Zurückweisung eines Antrags auf **Entschädigung wegen Versagung einer Fichtenaufforstung** im Vogelschutzgebiet „Waldviertel“ auf Grund verspäteter Einbringung; denkunmögliche Gesetzesanwendung durch Anknüpfung an den Zeitpunkt der Erlassung der Europaschutzgebiete-Verordnung; konkrete **Eigentums- bzw Nutzungsbeschränkung** Resultat eines die Aufforstungsbewilligung versagenden Bescheids infolge einer Naturverträglichkeitsprüfung

22.09.2015, [G 120/2015](#)

NÖ Kinder- und JugendhilfeG; Zurückweisung eines **Parteiautrag**s auf Aufhebung von Bestimmungen des NÖ Kinder- und JugendhilfeG mangels **Vorliegens einer entschiedenen Rechtssache**

07.10.2015, [U 528/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Abweisung des Asylantrags infolge grober Verkennung der Rechtslage aufgrund Unterlassung erforderlicher Ermittlungen hinsichtlich der **Verfolgung** eines irakischen Generals bzw Dolmetschers **aus politischen Gründen**

B. Verwaltungsgerichtshof

24.09.2015, [2012/07/0167](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für ein **Hochwasserschutzprojekt**; der Bf erachtet die belangte Behörde als befangen, weil sie „praktisch identisch“ mit der Projektwerberin sei; da es sich bei der „**Republik Österreich – Bundeswasserbauverwaltung**“ um ein selbständiges Rechtssubjekt im wasserrechtlichen Verfahren handelt, ist weder die Unbefangenheit des amtlichen SV in Zweifel zu ziehen noch ist die Beiziehung eines nichtamtlichen SV geboten

24.09.2015, [2013/07/0283](#)

AltlastensanierungsG; bescheidmäßige Feststellung, dass die ggst zur Errichtung einer Zufahrtsstraße verwendeten **Recyclingmaterialien** keine Abfälle seien und nicht dem Altlastenbeitrag unterlägen; dem Prüfbericht des Umweltlabors ist zu entnehmen, dass die **umwelttechnische Klassifizierung** die Qualitätsklasse B und nicht wie von der Erstbehörde festgestellt, die Qualitätsklasse A ergibt; für die Annahme der Bf, es handle sich allenfalls um einen Schreibfehler, besteht kein Hinweis

24.09.2015, [Ra 2015/07/0060](#)

WasserrechtsG; Antrag auf Feststellung, dass für das ggst Kanalisationssystem der Wasserverband in eventuelle die Gemeinden iSd § 50 WasserrechtsG instandhaltungspflichtig seien; wurde (noch) keine Bestimmung des WasserrechtsG übertreten und kommt ein Verfahren nach § 138 leg cit daher nicht in Frage, ist ein **Feststellungsinteresse** der Antragstellerin (als potentiell Instandhaltungspflichtige) in Bezug auf die **Instandhaltungspflicht der Kanalisationsanlage** zu bejahen

13.10.2015, [Ra 2015/03/0057](#)

VwGVG; aufgrund der Zurückweisung der Vorstellungen als verspätet durch die belangte Behörde war „**Sache**“ sowohl des Verfahrens vor dieser Behörde als auch des **Beschwerdeverfahrens vor dem VwG** ausschließlich die „**Rechtmäßigkeit der Zurückweisung**“; die materiellrechtlichen Hinweise des VwG und der Verwaltungsbehörde sind daher nicht zielführend

13.10.2015, [Ro 2015/03/0034](#)

ORF-G; die **Veröffentlichungspflicht nach § 4a Abs 7 ORF-G** ist nicht unbeschränkt, sondern besteht nur soweit, als dadurch die berechtigten Unternehmensinteressen des ORF nicht beeinträchtigt werden; wäre eine derartige Beeinträchtigung gegeben, könnten diesbezügliche Teile der Befragung von der Veröffentlichung ausgenommen werden; es obliegt dem ORF, das Vorliegen dieser Voraussetzungen für die Ausnahme von der grundsätzlich gegebenen Veröffentlichungsverpflichtung durch konkretes Vorbringen darzulegen

14.10.2015, [Ra 2015/08/0101](#)

VwGVG; gerade im Fall **widersprechender prozessrelevanter Behauptungen** gehört es zu den grundlegendsten Pflichten des VwG, dem auch in § 24 VwGVG verankerten Unmittelbarkeitsprinzip Rechnung zu tragen und sich als Gericht im Rahmen einer **mündlichen Verhandlung** einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit von Zeugen bzw Parteien zu verschaffen und insb darauf seine Beweiswürdigung zu gründen

14.10.2015, [Ro 2014/04/0058](#)

Maß- und EichG; Verwendung von nicht geeichten Kaltwasserzählern im rechtsgeschäftlichen Verkehr; dem Vorbringen des Revisionswerbers, er könne die Nacheichung der genossenschaftlichen Kaltwasserzähler weder faktisch noch rechtlich besorgen, ist entgegenzuhalten, dass § 7 Abs 2 Maß- und EichG auf die **Verwendung (oder Bereithaltung) ungeeichter Messgeräte**, nicht hingegen auf die Möglichkeit der Umsetzung der Eichpflicht, abstellt

14.10.2015, [Ro 2014/17/0150](#)

GlücksspielG; mit dem ggst angefochtenen Bescheid wurden die „Standards und Leitlinien für **verantwortungsvolle Glücksspielwerbung**“ als „weitere Nebenbestimmungen“ zu einer bereits erteilten Glücksspielkonzession festgelegt; weder § 14 Abs 4 GlücksspielG noch andere Bestimmungen ermächtigen die Behörde, rechtskräftige (Konzessions-)Bescheide aus anderen als den in § 68 Abs 3 AVG genannten Gründen durch Vorschreibung anderer oder **zusätzlicher Nebenbestimmungen** abzuändern

15.10.2015, [Ro 2014/11/0031](#)

Oö KrankenanstaltenG; sanitätsbehördliche Bewilligung zur **Übertragung einer Krankenanstalt**; mit der Bewilligung gehen ex lege und unabhängig von einer diesbezüglichen Anordnung im Bescheid gem § 9e auch bestehende krankenanstaltenrechtliche Errichtungs- und Betriebsbewilligungen mit den daraus erwachsenden Rechten und Pflichten auf den Erwerber der Krankenanstalt als nunmehrigen Bewilligungsinhaber über

20.10.2015, [2013/05/0172](#)

Oö RaumordnungsG; bei der Nutzung von ca 1,3 ha Wiesenfläche und 2.558 m² Waldfläche und der Haltung von zwei Freizeitpferden ist nach dem agrarfachlichen Gutachten keine Nutzung gegeben, die durch eine nachhaltige auf die Erzielung von Einnahmen gerichtete Tätigkeit gekennzeichnet ist; die Annahme der belangten Behörde, dass die ggst Bauten nicht iSd **§ 30 Abs 5 Oö RaumordnungsG** für eine **bestimmungsgemäße Nutzung** nötig seien, ist folglich nicht zu be-
anstanden

20.10.2015, [2013/05/0215](#)

NÖ BauO; bescheidmäßiger Auftrag zum Abbruch einer **konsenslos errichteten Stützmauer**; aus den vorgelegten Verwaltungsakten geht nicht hervor, dass die Behörde der Bf vor Erlassung des angefochtenen Bescheids das in einem vorangehenden zivilgerichtlichen Verfahren eingeholte Ergänzungsgutachten und ihre Absicht, dieses zu verwerten, zur Kenntnis gebracht sowie die Gelegenheit geboten habe, dazu Stellung zu nehmen

20.10.2015, [Ro 2015/05/0019](#)

VwGVG; **Oö BauO**; **kassatorische Entscheidung** eines VwG in einem Bauverfahren mit der Begründung, dass durch die **Aufhebung des Flächenwidmungsplans** durch den VfGH der erteilten Baubewilligung die Rechtsgrundlage entzogen worden sei; die fehlende Widmung steht der Erteilung einer Baubewilligung jedoch nicht entgegen; die Auffassung des VwG, es könne erst, wenn eine neue Flächenwidmung vorliege, der maßgebliche Sachverhalt festgestellt werden, ist somit unzutreffend

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 24.07.2015, [W104 2016940-2](#)

BVwG 07.09.2015, [W109 2111284-1](#)

BVwG 15.09.2015, [W104 2016940-3](#); [W225 2110141-1](#)

UVP-G; nach der stRsp des VwGH haben Nachbarn im **UVP-Feststellungsverfahren** keine **Parteistellung**; auch durch das Urteil des EuGH vom 16.04.2015, C-570/13 und die daran anschließende Rsp des VwGH hat sich nichts daran geändert, dass aufgrund unmittelbar anwendbaren Unionsrechts nicht zwingend eine Beschwerdelegitimation einzuräumen ist

LVwG Oö 02.11.2015, [LVwG-650428](#)

LuftfahrtsicherheitsG; bei der durch Bescheid des BMI verfügten Übertragung der „Gewährung von **Ausnahmen von der Kontrolle von Handgepäck** mit technisch sensiblen Inhalt“ an die Flughafenbetreiber handelt es sich um gem der VO (EU) 185/2010 behördlich festzulegende Ausnahmeregelungen bzw nötige behördliche Konkretisierungen, die nach § 1 Abs 1 LuftfahrtsicherheitsG in der NationalesSicherheitsprogrammVO festzulegen sind

LVwG Oö 05.11.2015, [LVwG-550462](#)

Oö Luftreinhalte- und EnergietechnikG; § 29 Oö Luftreinhalte- und EnergietechnikG bildet keine taugliche Rechtsgrundlage für die **Vorschreibung der gänzlichen Entfernung einer Lagerstätte** für den Fall der Nichterfüllung der Anzeigepflicht nach § 42 leg cit; ein solcher Auftrag wäre nur als Folge von Mängeln zulässig, die bei einer behördlichen Überprüfung gem § 44 leg cit festgestellt wurden; die Beseitigung behebbarer Mängel ist gem § 44 Abs 1 iVm § 28 Abs 4 leg cit aufzutragen; ein Auftrag zur Beseitigung scheidet bei behebbaren Mängeln aus

LVwG Oö 10.11.2015, [LVwG-400123](#)

Oö ParkgebührenG; es wäre objektiv besehen unverhältnismäßig, dass ein in einem Bauverfahren beigezogener SV unmittelbar nach einem Vorbringen des Antragstellers die Bauverhandlung nur deshalb verlässt, um ein weiteres **Parkticket** zu lösen, mit der Konsequenz, dass diese für alle übrigen Beteiligten unterbrochen werden muss; dem SV ist nur ein **geringfügiges Verschulden**, das einem verschuldensausschließenden Notstand nahekommt, anzulasten

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 12.10.2015, [LVwG-S-2356/001-2015](#)

VwGVG; gem § 32 Abs 3 VwGVG beseitigt bereits die (**rechtskräftig**) **bewilligte oder verfügte Wiederaufnahme** das Erkenntnis oder den Beschluss des wiederaufgenommenen Verfahrens, soweit diese von der Wiederaufnahme betroffen sind; eine diesbezügliche Berührung erst durch die neu zu erlassende Entscheidung, im Hinblick auf Abänderung oder Bestätigung, scheidet aus

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[15.10.2015, Rs C-581/14, Naderhirn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 99 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – Art 267 AEUV – Pflicht zur **Befolgung der Vorgaben** eines **übergeordneten Gerichts**

[17.11.2015, Rs C-115/14, RegioPost](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Beschränkungen – Richtlinie 96/71/EG – Art 3 Abs 1 – Richtlinie 2004/18/EG – Art 26 – Öffentliche Aufträge – **Postdienstleistungen** – Regelung einer regionalen Einheit eines Mitgliedstaats, die Bieter und Nachunternehmern vorschreibt, sich zu verpflichten, den zur Ausführung von Leistungen, die Gegenstand eines öffentlichen Auftrags sind, eingesetzten Beschäftigten einen **Mindestlohn** zu zahlen

[19.11.2015, Rs C-632/13, Hirvonen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit – Gleichbehandlung – **Einkommensteuer** – Einkünfte von **Gebietsfremden**, die einer Quellensteuer unterliegen – **Ausschluss von Steuerabzügen**, die an die **persönlichen Lebensverhältnisse** des Steuerpflichtigen anknüpfen – Rechtfertigung – Möglichkeit gebietsfremder Steuerpflichtiger, die für gebietsansässige Steuerpflichtige geltende Regelung zu wählen und diese Abzüge geltend zu machen

[19.11.2015, C-241/14, Bukovansky](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Abkommen zwischen der **Europäischen Gemeinschaft** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** andererseits über die Freizügigkeit – Beziehung zwischen diesem Abkommen und den **bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen** – Gleichbehandlung – **Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit** – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union – Grenzgänger – Einkommensteuer – Aufteilung der Steuerhoheit – **Steuerliche Anknüpfung** – Staatsangehörigkeit

[19.11.2015, Rs C-325/14, SBS Belgium](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – **Öffentliche Wiedergabe** – Begriff der Wiedergabe und Begriff der Öffentlichkeit – Verbreitung von Fernsehprogrammen – Verfahren der sogenannten **Direkteinspeisung**

[19.11.2015, Rs C-455/15 PPU, P](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie **Anerkennung und Vollstreckung** von Entscheidungen in **Ehesachen** und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 23 Buchst a – **Gründe für die Nichtanerkennung** einer Entscheidung über die elterliche Verantwortung – **Öffentliche Ordnung**

B. Schlussanträge

[17.11.2015, Rs C-406/14, Wrocław - Miasto na prawach powiatu \(GA Sharpston\)](#)

Öffentliche Auftragsvergabe – Richtlinie 2004/18/EG – Verdingungsbedingungen – Beschränkung der Unterauftragsvergabe – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – ‚**Unregelmäßigkeit**‘, die eine finanzielle Berichtigung durch die zuständigen nationalen Behörden erfordert – Verstoß gegen das Verfahren zur Vergabe **öffentlicher Bauaufträge**

[19.11.2015, Rs C-377/14, Radlinger und Radlingerová \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinie 93/13/EG – Richtlinie 2008/48/EG – Nationale Verfahrensvorschriften für **Insolvenzverfahren** – Verpflichtung eines nationalen Gerichts, in einem Insolvenzverfahren **von Amts wegen** Fragen des **EU-Verbraucherschutzrechts zu prüfen** – Bedeutung des Begriffs ‚Gesamtkreditbetrag‘ – Berechnung des effektiven Jahreszinses – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherkreditverträgen – Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Sanktionsklauseln – Folgen der Feststellung **kumulativer Missbräuchlichkeit**

C. Gericht

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

17.11.2015, Beschwerde Nr. [35532/12](#), *Bondavalli / Italien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); keine hinreichenden Maßnahmen seitens des **Gerichts**, um den Kontakt des bf Vaters zu seinem Kind sicherzustellen; Aufforderung zu rascher erneuter gerichtlicher Überprüfung der **Kontaktrechte des Vaters** unter Berücksichtigung des **Kindeswohls**

17.11.2015, Beschwerde Nr. [14350/05](#), *Özel ua / Türkei*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); keine hinreichende **behördliche Ermittlung** und Feststellung der Tatsachen, die dazu geführt hatten, dass im Laufe eines schweren **Erdbebens** 1999 mehrere **Häuser einstürzten**, wodurch die Familienangehörigen der Bf getötet wurden

19.11.2015, Beschwerde Nr. [46998/08](#), *Mikhaylova / Russland*

Verletzung von **Art 6 Abs 1** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Abs 3 EMRK** (Recht auf Rechtsbeistand); Verurteilung der bf Pensionistin zur Zahlung einer **Verwaltungsstrafe** aufgrund der Teilnahme an einer gesetzwidrigen öffentlichen **Versammlung**; geringe Geldstrafe, jedoch mit bestrafendem und abschreckendem Charakter, ist als „strafrechtlich“ iSd Art 6 EMRK zu qualifizieren; **Anwendungsbereich des Art 6 EMRK eröffnet**; Verweigerung von **Verfahrenshilfe** im Fall der Bf insofern konventionswidrig

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.